



Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Sozial- und Kulturausschusses

am 19.07.2022 von 17:00 bis 17:40 Uhr

Stimmberechtigte Teilnehmer:

Name, Vorname	Anwesenheit	Funktion
Eichstetter, Maximilian		Erster Bürgermeister
Bader, Wolfgang		Dritter Bürgermeister
Deckwerth, Ilona		Stadträtin
Dr. Derday, Anni		Stadträtin
Eikmeier, Nicole		Stadträtin
Hartung, Peter		Stadtrat
Hartung, Simon		Stadtrat
Scheibel, Thomas		Stadtrat
Schuhwerk, Bastian		Stadtrat
Schulte, Nikolaus		Stadtrat

Abwesende Teilnehmer:

Name, Vorname	Grund	Funktion
Schneider, Christian	entschuldigt	Zweiter Bürgermeister
Adam, Hans-Jörg	entschuldigt	Stadtrat
Fröhlich, Christine	entschuldigt	Stadträtin
Henle, Barbara	entschuldigt	Stadträtin

Nicht stimmberechtigte Teilnehmer:

Name, Vorname	Anwesenheit	Funktion
Klöpf, Thomas		Stadtkämmerer
Hartl, Peter		Hauptamtsleiter und Protokollführer



Öffentliche Tagesordnung

1. **Beratung und Entscheidung über die räumliche Ausweitung der Parkgebührenpflicht auf die Parkflächen beim Bundesstützpunkt und Volksfestplatz einschl. der Vorberatung über die Anpassung der Parkgebühren bzw. die Änderung der Taktung;
Vorbereitungen auf die Einführung der Umsatzsteuerpflicht für die rechtlich selbständigen Parkplätze**
2. **Bekanntgaben & Informationen**
3. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21. Juni 2022**
4. **Anträge, Anfragen**
 - 4.1 **Organisation bei Veranstaltungen am Sport- und Freizeitpark**
 - 4.2 **Markierungsarbeiten des Staatlichen Bauamtes**
 - 4.3 **Gemeinsamer Geh- und Radweg von der Theresienbrücke zum WEZ**
 - 4.4 **Tunnelprojekt in Lermoos**



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht. Sie gilt damit als genehmigt.

**1. Beratung und Entscheidung über die räumliche Ausweitung der Parkgebührenpflicht auf die Parkflächen beim Bundesstützpunkt und Volksfestplatz einschl. der Vorberatung über die Anpassung der Parkgebühren bzw. die Änderung der Taktung;
Vorbereitungen auf die Einführung der Umsatzsteuerpflicht für die rechtlich selbständigen Parkplätze**

Sachverhalt:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde unter anderem auch die räumliche Ausweitung der Parkgebührenpflicht auf bisher gebührenfreie Parkplätze wie dem Bundesstützpunkt bzw. dem Volksfestplatz bzw. eine Änderung bei der Festsetzung der Parkgebühren bzw. bei der Taktung angesprochen. Bis zur Sitzung werden dazu entsprechende Vorschläge unterbreitet.

In diesem Zusammenhang gilt es auch Folgendes zu berücksichtigen:

Mit der Einführung der Umsatzbesteuerung für Kommunen zum 1. Januar 2023 werden die sog. „selbständigen Parkplätze“, soweit sie bisher noch „steuerfrei“ waren, künftig steuerpflichtig. D.h. die Stadt muss die Besteuerung nicht nur in der entsprechenden Parkgebühren-Verordnung regeln, sondern auch bei der Gebührenbemessung entsprechend berücksichtigen. Schließlich muss die Stadt dann für die selbständigen Parkplätze 19 % Steuer abführen.

Die Parkierung wird darüber hinaus dann ein sog. „Betrieb gewerblicher Art“ sein, mit der Folge, dass wir zumindest bei diesen Parkplätzen alle Anschaffungen und alle Aufwendungen steuerlich betrachten müssen. Das bedeutet, dass wir beim Ankauf die Vorsteuer ziehen können und alle Anschaffungen mit Steuer ausweisen müssen.

Neben der Umsatzsteuerpflicht entsteht für die Parkeinrichtung der Stadt aufgrund der Einnahmesituation auch eine Körperschafts- und Gewerbesteuerpflicht, die jeweils 15 % der steuerpflichtigen Aufwendungen ausmachen wird. Mit der Umsatzsteuerpflicht bedeutet dies eine – nur steuerlich bedingte – Erhöhung um 49 % gegenüber bisher (19 % Umsatzsteuer, 15 % Körperschafts- und 15 % Gewerbesteuer).

Um die Steuerlast so gering wie möglich zu halten, ist es wichtig, dass wir künftig mehr denn je alle Kosten (z.B. alle tatsächlichen Verwaltungskosten) dort auch in voller Höhe verbuchen.

Welche Parkplätze im Sinne des Umsatzsteuergesetzes künftig konkret steuerpflichtig sind, wird derzeit von der Finanzverwaltung mit der uns beratenden Steuer- und Wirtschaftsprüfungskanzlei geprüft und definiert. In jedem Fall werden dies die sog. „selbständigen“ Parkplätze sein, wohl nicht die straßenbegleitenden. Folgende Parkplätze werden wohl zweifelsohne der Steuerpflicht unterliegen:

- ☐ Alatsee – Süd
- ☐ Alatsee – Nord
- ☐ Bundesstützpunkt BSP
- ☐ Parkplatz FENEBOURG



- ☐ Parkplatz Bad Faulenbach (Fischhausstraße)
- ☐ Parkplatz Bad Faulenbach (Alatseestraße)
- ☐ Parkplatz Hopfen am See – Süd (Campingplatz)
- ☐ Parkplatz Hopfen am See – Nord (Vilser)
- ☐ Parkplatz Weißensee
- ☐ Parkplatz Bootshafen

Auch die technischen Voraussetzungen an den Parkuhren bzw. beim Handyparken bzw. die rechtlichen Anforderungen bei einer künftigen Steuerpflicht müssen entsprechend geschaffen werden. Dieser Umstellungsaufwand wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

In der Anlage liegt ein Vorschlag für die Anpassung der Gebühren der einzelnen Parkplätze einerseits sowie die Erweiterung der Gebührenpflicht auf die Parkplätze beim Bundesstützpunkt und am Festplatz bei. Auf diesen wird verwiesen.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Sozial- und Kulturausschuss empfiehlt dem Stadtrat, im Hinblick auf die Einführung der Steuerpflicht die Parkgebührenpflicht auch auf die Parkplätze am Bundesstützpunkt und am Festplatz zu erstrecken. Die neuen Tarife ab dem kommenden Jahr werden nach finaler Klärung der Steuerpflicht der Parkieranlagen festgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen Vorschlag zu unterbreiten. Ziel soll sein, die neuen Parkgebühren zum 1. Januar 2023 entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis 10 : 0

2. Bekanntgaben & Informationen

Sachverhalt:

Anfragen und Informationen zum öffentlichen Teil der Sitzung lagen nicht vor.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21. Juni 2022

Sachverhalt:

Zur Genehmigung steht die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Sozial- und Kulturausschusses am 21. Juni 2022 an.

Beschluss:

Zur Genehmigung steht die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Sozial- und Kulturausschusses am 21. Juni 2022 an.

Abstimmungsergebnis 10 : 0



4. Anträge, Anfragen

4.1 Organisation bei Veranstaltungen am Sport- und Freizeitpark

Sachverhalt:

Mehrere Gremiumsmitglieder haben die Organisation rund um die Stadtolympiade angesprochen. Dabei wurde nicht mit Lob für die Veranstaltungen gespart, gleichzeitig aber verschiedene Optimierungspotenziale angesprochen:

- ☐ Verbesserung der Verkehrsregelung, Parkplatz- und Zufahrtsbeschilderungen
- ☐ Vermeidung von unnötigen Lärm bzw. Beschallung der Teilnehmer, vor allem aber der Anlieger
- ☐ Aushang einer Benutzungsordnung für die Benutzer der verschiedenen Anlagen
- ☐ Freihalten der Zugänge zu den einzelnen Anlagen (manche waren mit Fahrräder restlos zugeparkt)
- ☐ Problem der Müllbeseitigung und –verantwortung
- ☐ Reinigung und Toilettenpapier auf den WC-Anlagen (hier gab es wohl Defizite)
- ☐ Beteiligung der Öffentlichkeit vor solchen Großevents
- ☐ Verlagerung der Sportler zum Veranstaltungsort der Players Night

Erster Bürgermeister Maximilian Eichstetter informierte über seine Erfahrung, vor allem über die fehlende Verantwortlichkeit. Es gäbe sicherlich Optimierungsbedarf vor der nächsten Stadtolympiade! Gleiches gelte auch für die Parkierung im Zusammenhang mit dem Radrennen. Auch dort stellte sich vor allem die Parksituation teilweise schwierig dar.

4.2 Markierungsarbeiten des Staatlichen Bauamtes

Sachverhalt:

Nikolaus Schulte sprach die Markierungsarbeiten des Staatlichen Bauamtes an den übergeordneten Straßen an und bat darum, doch diese – wenn nicht unbedingt aus Verkehrssicherheitsgründen notwendig – in der verkehrlichen Hochsaison zu verrichten. In diesen Zeiten führt die zu einer massiven Verkehrsbelastung, ja beinahe zum Verkehrskollaps.

4.3 Gemeinsamer Geh- und Radweg von der Theresienbrücke zum WEZ

Sachverhalt:

Sodann sprach Nikolaus Schulte noch die häufig zu beobachtenden verkehrsgefährdenden Situationen am gemeinsamen Geh- und Radweg zwischen der Theresienbrücke und dem Walderlebniszentrum (WEZ) an. Aufgrund der enormen Frequenz kommt es dort immer wieder zu Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern. Hier müsse der Straßenbaulastträger aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen.

4.4 Tunnelprojekt in Lermoos

Sachverhalt:

Schließlich sprach Nikolaus Schulte noch die Berichterstattungen über die geplante zweite Röhre der Fernpassroute auf Höhe von Lermoos an. Die Bayer. Staatsregierung bzw. der Bund sollen sich ein Beispiel nehmen und den Tunnelbau in Füssen forcieren.



Der Vorsitzende schließt um 17:40 die Sitzung, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt.

Füssen, 01.10.2024
STADT FÜSSEN

Maximilian Eichstetter
Erster Bürgermeister

Peter Hartl
Protokollführer